

DEA beharrt auf Marihuana Klassifizierung, systematische Probleme bei Baltimores Polizei und Trumps Wirtschaftspolitik in der Kritik

Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 8. bis zum 14. August 2016

(v1) In dieser Woche beschäftigt sich die amerikanische Berichterstattung mit der Entscheidung der Drug Enforcement Agency (DEA) bezüglich der Klassifizierung von Marihuana, den Ermittlungen des US-Justizministeriums über die Vorgehensweise der Polizeibehörde in Baltimore und mit Donald Trumps geplanter Wirtschaftspolitik.

Die Entscheidung der Drug Enforcement Agency, Marihuana weiterhin als „Schedule 1 controlled substance“ einzuordnen, stieß weitgehend auf Kritik in der amerikanischen Berichterstattung. Die *LA Times* schreibt, dass eine solche Klassifizierung der Forschung schadet, da Schedule 1-Drogen starken Einschränkungen unterliegen. Somit wird es schwerer, die medizinische Wirkung von Marihuana endgültig zu klären. Die Ankündigung der DEA, in Zukunft zusätzlichen Einrichtungen eine Erlaubnis zur Erforschung von Marihuana zu erteilen, ist der *LA Times* zu wenig und dauert ihr zu lange. Ihrer Meinung nach hängt die amerikanische Regierung, wenn es um die Regulation von Marihuana geht, ihrer eigenen Bevölkerung weit hinterher. Die *New York Times* schreibt, dass eine Einordnung von Marihuana als Schedule 1-Droge fehlgeleitet ist, da Marihuana weniger gefährlich ist als Alkohol. Laut der *New York Times* ist die Aussage der DEA, dass es nicht genug wissenschaftliche Hinweise gibt, um Marihuana von der Schedule 1-Liste zu entfernen, unrichtig. Ihrer Meinung nach ignorieren die Verantwortlichen in der Gesetzgebung viele Ergebnisse über die Wirkung von Marihuana. Zudem verhindert die DEA durch ihre eigene Klassifizierung weitere Forschung, welche Klarheit verschaffen könnte. Die *Times* glaubt, dass eine Herunterstufung von Marihuana von der Schedule 1-Liste die richtige Lösung wäre.

Nachdem die Ermittlungen des amerikanischen Justizministeriums über Baltimores Polizeibehörde veröffentlicht wurden, beschäftigte sich die amerikanische Presse mit dem Rassismus und den Missständen, die dort vorherrschen. Die meisten Mitglieder der Presse äußerten sich wenig überrascht über die diskriminierenden Vorgehensweisen. Die *LA Times* schreibt, dass diese Probleme auch in vielen anderen Städten, wie zum Beispiel Los Angeles,

bestehen. Sie warnt davor, dass Wut gegenüber der Polizei schnell in Misstrauen in das gesamte Justizsystem umschlagen kann und glaubt, dass weitere Untersuchungen über die Vorgehensweisen von Polizisten durchgeführt werden müssen, um das Vertrauen der Bevölkerung wieder herzustellen. Die *New York Times* glaubt ebenfalls, dass weitere Berichte und Ermittlungen notwendig sind, und fordert mehr Verantwortung und Haftung bei Tötungen von Zivilisten durch Polizeibeamte. Ihrer Meinung nach wird die kommende Präsidentschaftswahl entscheidend dafür sein, ob das Justizministerium weitere Reformen einleiten wird, welche die Diskriminierung beseitigen können. Die *Washington Post* hingegen zweifelt stark an einer schnellen Verbesserung der Situation. Die Aussage der Bürgermeisterin Baltimores, dass Reformen zur Verbesserung der Missstände nur langsam und schwer eingeführt werden können, hält die *Post* sogar noch für untertrieben, da es sich um systematische und kulturelle Probleme handelt und nicht nur um einzelne Polizisten. Aufgrund der gesetzlich festgelegten Rechte von Polizeibeamten und den bisher entworfenen Sonderregelungen für Polizisten zweifelt die *Post* daran, dass der Polizeipräsident und die weiteren Verantwortlichen Baltimores dazu in der Lage sind, die benötigten Reformen durchzusetzen um die Missstände zu beheben.

Auch die Präsidentschaftswahl war in dieser Woche wieder ein großes Thema in der amerikanischen Berichterstattung. Besonders Donald Trump sorgte mit seinen Aussagen für Schlagzeilen. Anfang der Woche hielt der republikanische Präsidentschaftskandidat eine Ansprache vor dem Detroit Economic Club, in der er seinen Wirtschaftsplan für die kommenden Jahre präsentierte. Dieser wurde von der Presse größtenteils stark kritisiert. Laut der *New York Times* würden seine Pläne der amerikanischen Wirtschaft schaden, enorme Defizite im Haushalt verursachen und die USA vom Rest der Welt isolieren. Es sei eine klassische Trump-Ansprache mit großen Versprechen und märchenhaften Vorschlägen gewesen. Die *Times* hält seine Vorschläge für blödsinnig und ist davon überzeugt, dass sie wirtschaftliches Wachstum erschweren. Die *Washington Post* kritisierte vor allem Trumps geplanten Isolationismus. Laut der *Post* würde dies der amerikanischen Wirtschaft deutlich mehr schaden als helfen, da sie stark mit der globalen Wirtschaft verflochten ist und die internationalen Handelsbeziehungen für ihr Wachstum zu wichtig sind. Für die *Post* sind die Statistiken und Phrasen über eine „America First“-Politik, welche Trump immer wieder in seiner Ansprache erwähnte, größtenteils nur Schall und Rauch, um seine Wahlkampfbotschaft zu wiederholen. Mit dem Inhalt seines vorgelegten Wirtschaftsplans ignoriert er hingegen einen Großteil der Amerikaner, für die er behauptet zu sprechen. Die *Boston Globe* äußert einen ähnlichen Standpunkt. Laut dem *Globe* würde durch Trumps Steuerreform die

Einkommensungleichheit zwischen der Arbeiterklasse, für die er sich angeblich einsetzt, und den Großverdienern weiter steigen. Für den *Boston Globe* sind viele von Trumps Ankündigungen zu ungenau, und er kann sich unmöglich mit der Arbeiterklasse zu identifizieren. Seine Wirtschaftspolitik ignoriert demnach komplett die Interessen des einfachen Arbeiters zugunsten der wohlhabenden Oberschicht.

Quellen:

www.nytimes.com

www.latimes.com

www.washingtonpost.com

www.bostonglobe.com